

Von den Fronten.

Großes Hauptquartier, 13. Juli 1917. (W.Z.B.)

Westlicher Kriegshauptplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen und Artois-Front war in mehreren Abschnitten bei guter Sicht der Feuerkampf hart.

Feindliche Vorstöße östlich von Neuport, südöstlich von Ypern, bei Hulluch und südlich der Scarpe wurden zurückgeschlagen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Wieder war die Kampfstärke der Artillerie in der westlichen Champagne erheblich gesteigert; auch auf dem linken Maas-Ufer erreichte das Feuer abends große Heftigkeit.

An der Höhe 304 nahmen Sturmtruppen in frischem Draufgehen die vom Feinde am 8. 7. zurückeroberter Gräben wieder. Die Besatzung wurde niedergemacht, ein Teil gefangen zurückgeführt. Die von uns in den Kämpfen am 28. 6. gewonnenen Stellungen in 4 Kilometer Breite sind einschließlich ihres Vorfeldes damit wieder voll in unserer Hand.

Trotz heftiger Gegenwirkung brachte ein Erkundungsvorstoß bei Brunay uns Gewinn an Gefangenen und Beute.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die Lage ist unverändert.

In zahlreichen Luftkämpfen verloren die Gegner 17 Flugzeuge, zwei weitere durch Abwehrfeuer.

Oberleutnant Ritter von Tutschek, der am 12. 7. zwei feindliche Flieger zum Absturz brachte, errang gestern durch Abschuss eines Fesselballons den 16. Luftsieg.

Westlicher Kriegshauptplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Düna, bei Smorgon und an der Schtchara war die Gefechtsstärke rege; auch westlich von Luck lebte sie infolge eigener Erkundungsvorstöße zeitweilig auf.

Südlich des Dnjepr sind an mehreren Stellen der Donnic-Linie russische Angriffe zum Scheitern gebracht worden.

An der

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Mackensen drangen nach stärkerem Feuer mehrfach feindliche Aufklärungsabteilungen gegen unsere Stellungen vor; sie sind überall abgewiesen worden.

Mazedonischer Front.

Westlich der Ribze Planina löste ein erfolgreicher bulgarischer Vorstoß örtliche Gegenangriffe der Serben aus; sie schlugen verlustreich fehl.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreichischer Kriegbericht.

Wien, 12. Juli. Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegshauptplatz.

In Rumänien und in den Karpathen nichts von Belang. Südlich des Dnjepr gelangten die Russen bis an unsere Donnic-Stellung. Bei Kalusz kam es auf dem Westufer des Flusses zu Kämpfen. Am Stochod wurde nördlich der Bahn Kowno-Kowel ein russischer Vorstoß abgeschlagen.

Italienischer Kriegshauptplatz.

Als Entgelt für die Heimführung Idrias durch italienische Flieger bemerkt gestern ein österreichisch-ungarisches Flugzeuggeschwader den Bahnhof und die ausgedehnten Barackenlager bei Cividale mit Erfolg. Auf dem Kleinen Colbricon drangen gestern früh unsere Sturmabteilungen in die feindliche Stellung ein, machten die Besatzung nieder, sprengten große Mengen italienischer Munition und kehrten mit Gefangenen zurück.

Südöstlicher Kriegshauptplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Die innere Krise.

Hindenburg wieder in Berlin.

Auf Befehl des Kaisers ist der Generalfeldmarschall von Hindenburg mit dem Ersten Generalquartiermeister General Ludendorff in Berlin eingetroffen.

Vethmanns Rücktritt.

Hand bereits Anfang der Woche fest. Er sollte den Abschluß der gegenwärtigen Umwälzungen abwarten und hatte sich auf Wunsch des Kaisers bereits erklärt, diese Umwälzungen zu leiten. Er selbst aber hatte sich geäußert, daß der Reichstag ihn bei seinem nächsten Zusammentreten im Oktober nicht wieder vorfinden werde.

Inzwischen hatte der Kaiser sich mit den Parteien in Verbindung gesetzt und von diesen bestimmte Erklärungen über ihre Auffassung verlangt. Man sagt, daß die Erklärungen der Nationalliberalen und des Zentrums sich im wesentlichen gleichen, die beide den Kanzler als ein Hindernis für Friedensverhandlungen bezeichnen. Die Nationalliberalen verlangten dabei im Gegenzug zum Zentrum, das eine längere „Schonzeit“ vorsah, den sofortigen Rücktritt und ließen einen bezüglichen Beschluß in die Öffentlichkeit gelangen.

Alle Minister gegen Vethmann.

Die „Germania“, die in dieser Krise sich stets besonders informiert zeigte, führt zu den Personalfragen folgendes aus:

„Zu der Verschärfung der Krise hat, wie wir erfahren, die Tatsache beigetragen, daß die Webracht

der preussischen Staatsminister ihre Entlassung gegeben habe. Der Grund dieses Vorgehens der Minister ist keineswegs in ihrer Stellungnahme zur preussischen Wahlrechtsfrage zu suchen, sondern in ihrer Stellungnahme zum Reichskanzler. Wie wir bereits mitteilten, hat auch der Kriegsminister v. Stein um seine Entlassung gebeten. Auch er ist zu dem Schritt nicht veranlaßt worden durch die Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage, sondern ebenfalls durch die Haltung, die der Kanzler während dieser ganzen Krise eingenommen hat; es ist aber durchaus kein Geheimnis, daß der Kriegsminister in sehr enger Führungnahme mit Generalfeldmarschall Hindenburg und mit General Ludendorff steht, und es will uns nicht unmöglich erscheinen, daß unsere beiden Heerführer sich mit dem Kriegsminister solidarisch erklären könnten und auch ihrerseits das Verbleiben im Amte von der Entscheidung der Kanzlerkrise abhängig machen.“

In dem Befinden des Zentrumsabgeordneten Dr. Spahn ist eine weitere Besserung eingetreten. An eine Teilnahme des Zentrumsführers an den politischen Geschäften in den nächsten Tagen ist jedoch nicht zu denken.

Wer wird Kanzler?

An erster Stelle wird der frühere Reichskanzler v. Bülow genannt. Dieser hat seinerzeit in schwerstem Gegensatz zum Zentrum gestanden, und man nahm anfangs an, dieser Gegensatz werde noch jetzt wirken. Die Haltung des Zentrums soll jedoch nach der Ansicht der Befürworter dieser Kandidatur so sein, daß es im Interesse der Friedensfrage Bülows Stellung stärken würde. Dahingegen findet Bülow scharfe Ablehnung bei der Sozialdemokratie:

„Als Kandidat der Schwerindustrie wird vielfach Fürst Bülow genannt. Der Mann, der das Wort sprach: „Die auswärtige Politik Deutschlands wird nicht in der Hofenheide gemacht“, ist schwerlich geeignet, in seiner Auslandspolitik der Demokratie die von der Zeit gebotenen Zugeständnisse zu machen. Er, der von den „russischen Schnorrern und Verschwörern“ sprach und die „Mandelstamm und Silberfarb“ antisemitisch bewogelte, ist schwerlich dazu geeignet, mit der Regierung des revolutionären Russlands Verhandlungen zu führen. Er, der so viel von dem verschuldet hat, worunter wir heute leiden, kann nicht berufen sein, die aus den Fugen gegangene Welt wieder einzurenten! Seine Kandidatur ist nicht ernst zu nehmen.“

Zentrum, Nationalliberale, Fortschritt und die Nebenparteien können eine Mehrheit bilden, aber nur eine sehr knappe. Da der neue Kanzler die Reformen in Preußen durchzuführen haben würde, würden ihm die Konservativen nicht zur Seite stehen; das wäre Uebermenschliches verlangt. Also ist die Haltung der Sozialdemokratie hier zum mindesten von allergrößtem Einflusse.

Der Reichstag am Donnerstag.

Der Reichstag wird „nicht vor Donnerstag“ der nächsten Woche zusammentreten. Dann wird die Krise ihren Abschluß finden, und zwar, wenn die „Germania“ auch hier recht berichtet ist, im Sinne des Friedens: „Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß der neue Kanzler sich in einer Rede alsbald auf den Boden der Friedenskundgebung stellen wird, die vom Reichstag geplant ist, und der, wie wir aus bester Quelle wissen, der Kaiser zustimmt.“

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 13. Juli.

Kleine Anfragen! In dieser Aufregung! Es zeigt sich aber, daß die abwechselungsreiche Mannigfaltigkeit dieser neuen Einrichtung äußerlich beruhigend wirkt. Es werden damit Angelegenheiten, die sonst vielleicht stundenlange Wettkampfsreden eines halben Dutzend Parteirebner verursacht haben würden, im Handumdrehen zur allgemeinen Zufriedenheit abgetan werden können.

Auf eine Anfrage des Abg. Winda (Elf.) über die Zwangsentlassungen von Besetzungen von Einzelpersonen in den Reichsständen erklärte die Regierung, das sei notwendig geworden wegen Frankreichs Vorgehen gegen uns.

Die Anfrage Kunnert (Soz.) auf Entlassung staatenloser Ausländer aus der Armee wurde mit der Erklärung beantwortet, daß die meisten der bezeichneten Personen zu Recht eingezogen worden seien.

Der Einspruch Dr. Quard (Soz.) gegen die Verwendung von Obst und Zucker zur Weinbereitung führte zu dem Versprechen, die Frage zu prüfen.

Der Protest der Sozialdemokratie gegen das Verbot der Verbreitung einer Scheidemännchen Reichstagsrede stieß auf die Erklärung der Regierung, die Freiheit der Verbreitung wahrheitsgetreuer Berichte aus dem Reichstage nach der Verfassung beziehe sich nicht auf einzelne Reden, wie das Reichsgericht entscheiden habe.

Gegen die Notlage der Arbeitsinvaliden sind Reichsmittel zur Verfügung gestellt worden.

Das Verlangen von Dr. Mumm (Christl.-Soz.) auf Verbot der Bierbereitung aus Gerste und Kartoffeln stieß auf den ausweichenden Bescheid, der Bevölkerung wurden genug Gerste und Kartoffeln zur Verfügung gestellt werden.

Eine Anfrage der Polen über Ueberführung von Polen aus Grodno usw. zur Zwangsarbeit nach Deutschland wurde nicht beantwortet, weil die Unterlagen noch nicht eingegangen seien.

Das Haus verließ dann das Gesetz über die Fürsorge für Arbeitslose an den Ausschuss zurück.

legte die Vorlage über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte ab, stimmte den Vorschlägen des Ausschusses für Bevölkerungspolitik über Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu und vertagte sich dann. Nächste Sitzung: unbestimmt, nicht vor Donnerstag.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Finlands Freiheitskampf.

Die Finnen kämpfen einen verzweifelten Kampf um ihre Freiheit gegen die russischen „Freiheits“-helden, die ihnen die angeborene, von Rußland geraubte Freiheit nicht geben wollen. Nach Schilderungen finnischer Zeitungen endete ein Kampf zwischen finnischen Bauern und russischen Soldaten in Hämms mit einem Siege der Bauern. Diese warteten in Westfeden, bis die Soldaten alle Munition verschossen hatten, und stürzten sich dann auf die Russen, von denen über 50 verwundet oder getötet wurden.

Amerikanisches Treiben in der Schweiz.

Dem „Berner Tagblatt“ zufolge setzt jetzt auch die amerikanische Werbetätigkeit in der Schweiz ein. Die Bürger von Bern erhielten in letzter Zeit in geschlossenem Briefumschlag Flugblätter zugesandt, die das Bild Wilsons tragen. Das amerikanische Werbeblatt enthält zwar keine Beleidigung oder Beschimpfung des Gegners, will dagegen Amerikas kriegerische Macht zu Lande und zur See vorführen. Der Titel lautet: „Die Vereinigten Staaten Deutschlands allerletzte Feind!“. Darüber steht als Leitpruch ein Satz Wilsons aus einer Kriegserklärung gegen Deutschland. Das Flugblatt, das in vielen Tausenden Exemplaren verbreitet wurde, bezweckt, den Zweifel zu nehmen, daß Amerika den Deutschen den Garaus machen werde.

Das erste Opfer der englischen Minensperre.

Die neue englische Minensperre an der Küste Hollands hat ihr erstes Opfer gefordert. Der Dampfschoner „Elizabeth“ aus Amuiden ist bei der Insel Terhelling auf eine Mine gestoßen und in die Luft geflogen. Von den 11 Mann der Besatzung wurden 9 getötet und 4 verwundet, darunter einer schwer.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der französische Verpflegungsminister Violetta wird dem Ministerrat für den kommenden Monat Oktober die Kontingentierung des Brotes vorschlagen, da die Getreideernte ungenügend sei.

Das holländische „Nieuwsbureau“ meldet aus London: Der Lebensmittelkontrollleur erklärte im Oberhause, daß im September Höchstpreise für Fleisch eingeführt werden.

In Aegypten kommt es beständig zu Zusammenstößen zwischen Partouillen, doch hat sich die allgemeine Lage nicht geändert.

Mit der amerikanischen Stahlindustrie ist eine Uebereinkunft geschlossen, wonach die gesamte Produktion der Industrie der Regierung zu Kriegszwecken zu bestimmten Preisen zur Verfügung gestellt wird.

Ein Reichsarbeitsamt.

Die „Nationalzeitung“ berichtet: „Gerüchweise verlautet, daß sich neuerdings die Stellung des Kanzlers wiederum gefestigt hätte; nicht nur er, sondern auch die Staatssekretäre des Innern und des Aeußern, Dr. Helfferich und Dr. Zimmermann, sollen angeblich wieder in ihren Ämtern verbleiben. Dagegen soll eine Zeitung des Reichsamts des Innern, was ja stets gefordert wurde, stattfinden, und das neue Staatssekretariat soll von einem Vertreter der christlichen Gewerkschaften übernommen werden, da die Sozialdemokraten es ablehnten, sich in irgendeiner Form an einem Koalitionskabinet zu beteiligen.“

Mit Wochenschluß Krisen-Ende.

Im Reichstage wurden am Donnerstag durchweg sehr eifrige Verhandlungen, auch zwischen den Parteien, gepflogen, um eine Einigung in den schwebenden Streitfragen zu finden. Der Schluß dieser Tagung des Reichstages wird bestimmt für Sonnabend erwartet.

Erklärung des konservativen Parteivorstandes zur Wahlrechtsfrage.

Durch die Allerhöchste Kabinetts-Order, die der Kaiser und König von Preußen an den Ministerpräsidenten gerichtet hat, wird die Vorlegung eines Gesetzes betreffend die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen angeordnet.

Das gleiche Wahlrecht entspricht nicht der Eigenart und der historischen Vergangenheit des preussischen Staates und nicht den der preussischen Gesetzgebung vorbehaltenen gesetzgeberischen und sonstigen Aufgaben. Es ist vielmehr geeignet, das feste Gefüge Preußens zu erschüttern und auch diesen Staat der völligen Demokratisierung auszuliefern. Das durch ihn dargestellte unentbehrliche Gegengewicht gegen die Gefahren der Unruhe und der Ueberstürzung, die nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für das Reich bestehen, wird durch die Einführung des gleichen Wahlrechtes hinweggeräumt.

Die konservative Partei vermag weder anzuerkennen, daß die in Aussicht gestellte Maßnahme durch die Erfahrungen des Krieges geboten war, noch daß sie auch nur als geeignet erscheinen könnte, um über die Schwierigkeiten der heutigen Lage hinwegzuhelfen und den Siegeswillen des Volkes zu stärken.

Die in Aussicht gestellte Aenderung des preussischen Wahlrechtes kann daher die konservative Partei nur mit ernstesten Bedenken und mit tiefen Sorgen für die Zukunft Deutschlands betrachten.